

(Beginn: 18.10 Uhr)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Meine Damen und Herren, ich bitte Sie alle, Platz zu nehmen, damit ich die 5. Sitzung des Rates in dieser Wahlperiode eröffnen kann. – Ich begrüße unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister und natürlich Sie als Mitglieder des Rates ganz herzlich.

Nach der mir vorliegenden Meldung fehlen heute folgende Ratsmitglieder: Herr Bürgermeister Bartsch, Herr Rottmann und Herr Henseler.

Wir müssen, wie üblich, Stimmzähler benennen. Dies sind Frau Frebel, Frau Dresler-Graf und Frau Bercher-Hiss.

Bevor wir, meine Damen und Herren, in die Tagesordnung einsteigen, möchte ich kurz erläutern, warum wir uns heute zu dieser Sondersitzung zusammengefunden haben:

Wie Ihnen bekannt ist, hat der Rat der Stadt Köln am 30. September 2014 mehrheitlich beschlossen, alle 124 Stimmbezirke der Ratswahl vom 25. Mai 2014 neu auszählen zu lassen,

(Dr. Ralph Elster [CDU]: 1 024, Herr Oberbürgermeister)

- Das habe ich gesagt: 1 024

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Nein, Sie sagten: 124!)

- 1 024! Ich habe bereits in besagter Sitzung ausdrücklich darauf hingewiesen, dass ein solcher Neuauszählungsbeschluss nach meiner und der Rechtsauffassung der Bezirksregierung Köln, des Innenministeriums sowie renommierter Kommunalverfassungsrechtler rechtswidrig ist. Ich möchte betonen, dass ich in meinem Berufsleben immer darauf geachtet habe, auf der Seite des Rechts zu stehen: als Polizeipräsident, als Regierungspräsident und jetzt auch als Oberbürgermeister. Dementsprechend habe ich diesen Ratsbeschluss im Benehmen mit der Bezirksregierung Köln beanstandet.

Das Verfahren sieht nun vor, dass der Rat erneut über den beanstandeten Ratsbeschluss zu entscheiden hat. Hierüber habe ich Sie in meinem Beanstandungsschreiben ausführlich aufgeklärt. Sie erhalten also heute die Gelegenheit, Ihre – nach meiner Auffassung rechtswidrige – Entscheidung vom 30. September 2014 zu korrigie-

ren und das Beanstandungsverfahren damit zu beenden.

Ich weise in diesem Zusammenhang erneut darauf hin, dass der Rat verpflichtet ist, unverzüglich, das heißt ohne schuldhaftes Zögern, über die Gültigkeit oder Ungültigkeit der Kommunalwahlen 2014 zu beschließen. Damit dieses rechtsstaatlich erforderliche Verfahren zügig durchgeführt werden kann und nicht unnötig verzögert wird, habe ich zu dieser Sondersitzung eingeladen.

Jetzt zur Tagesordnung. Sie ist – Sie haben sie vor sich liegen – im Vergleich zu der letzten Ratssitzung doch sehr überschaubar.

Es liegt kein Antrag auf Durchführung einer Aktuellen Stunde vor, es gibt auch keine Dringlichkeitsanträge. Deswegen können wir abstimmen über die Tagesordnung.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Ich habe noch einen Antrag zur Tagesordnung!)

- Bitte schön, Herr Frank.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Werte Damen und Herren! Ich habe einen Antrag zur Tagesordnung: Ich beantrage, den TOP 3, Feststellung der Gültigkeit der Wahl, heute nicht zu befassen, sondern bis auf weiteres zu vertagen. Die Gründe dafür habe ich bereits in der letzten Ratssitzung am 30. September dargelegt; die will ich jetzt an der Stelle nicht wiederholen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay, das ist Ihr Antrag. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann können wir darüber abstimmen. Wer für die Vertagung ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der Grünen, das ist die Fraktion der CDU, das ist die Fraktion der FDP, das ist die Gruppe pro Köln, das sind Herr Zimmermann und die Fraktion der AfD. Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. Damit ist dieser Antrag angenommen. Dann ist das so beschlossen und dieser Punkt von der Tagesordnung abgesetzt und verschoben auf einen späteren Zeitpunkt.

Wir kommen dann zur Feststellung der Tagesordnung. Wer ist gegen die jetzt so festgestellte Tagesordnung? Ich bitte um das Handzeichen. Wer enthält sich? – Damit ist die Tagesordnung beschlossen. Wir haben damit zwei Tagesord-

nungspunkte und kommen jetzt zu Tagesordnungspunkt 1:

**1. Bestellung einer weiteren stellvertretenden Schriftführerin
2916/2014**

Die bereits gewählten Schriftführerinnen Frau Kramp und Frau Willms sind zu dieser außerplanmäßigen Sitzung verhindert. Deswegen schlagen wir vor, dass Frau Lange als Schriftführerin gewählt wird. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das so beschlossen.

(Beifall von Jörg Detjen [Die Linke])

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 2:

**2. Beschluss des Rates zu TOP 10.19.10 am
30.09.2014
Beanstandung wegen Rechtswidrigkeit
nach § 54 Abs. 2 Gemeindeordnung NRW
2933/2014**

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Herr Börschel, bitte.

Martin Börschel (SPD): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir sind heute Zeugen und Akteure eines besonderen Vorgangs. Zum ersten Mal – zumindest seit 15 Jahren; ich habe einige Beteiligte gefragt – beanstandet heute der Oberbürgermeister aus Rechtsgründen einen Ratsbeschluss, und er hat dabei die Unterstützung der Bezirksregierung und des zuständigen Innenministeriums.

Spätestens jetzt, liebe Kolleginnen und Kollegen, muss jedem klar sein: Es ist ernst. Wir reden hier heute nicht über irgendwas, sondern darüber, ob die Mehrheit des Rates nicht nur das beschließt, was sie politisch will, sondern sich dabei auch an Recht und Gesetz hält.

Ich möchte noch einmal kurz zusammenfassen: Wir hatten am 25. Mai dieses Jahres eine Kommunalwahl in Köln. Über 10 000 Wahlhelferinnen und Wahlhelfer haben in 1 024 Stimmbezirken Ergebnisse festgestellt. Auch im Stimmbezirk 20874 in Köln Rodenkirchen hat der dortige Wahlvorstand einstimmig in zwei übereinstimmenden Niederschriften ein Ergebnis festgestellt. Am 30. Mai dieses Jahres fand der Wahlausschuss statt. Dieser hat aufgabengemäß über die Gültigkeit der Wahl zu befinden. Die CDU hatte vier Stimmbezirke zur Prüfung vorgeschlagen; 20874 war nicht dabei. Alle diese Überlegungen und Beanstandungen der CDU wurden

vom Wahlausschuss einvernehmlich verworfen bzw. nicht aufrechterhalten, und das Wahlergebnis wurde sodann amtlich festgestellt.

Danach hat die CDU Köln, unter anderem zum Ergebnis im Briefwahlstimmbezirk 20874, Einspruch eingelegt, und diesen Einspruch hat der Stadtrat in seiner Sitzung am 30. September dieses Jahres zurückgewiesen.

Die CDU hat angekündigt, dagegen zu klagen. Das ist ihr gutes Recht. Wir begrüßen auch die Klage, weil das der schnellste Weg ist, von einer unabhängigen Instanz, nicht als Richter in eigener Sache, endlich zur Rechtsklarheit zu kommen. Deswegen hoffe ich sehr, dass Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, bald so weit sind und diese Klage auch einreichen.

Die Grünen halten den vom Rat zurückgewiesenen Einspruch der CDU für substanzlos und haben stattdessen den Vorschlag eingebracht, ohne konkreten Anlass alle 1 024 Stimmbezirke der Kölner Kommunalwahl neu auszuwählen. Das hat die Ratsmehrheit beschlossen, und genau darum geht es heute: Dürfen wir ohne konkreten Anlass, also einfach so, alle 1 024 Stimmbezirke der Kommunalwahl in Köln neu auszählen?

Wir meinen: Nein. Ein solcher Beschluss stellt alle Wahlgrundsätze, die sich in den vergangenen Jahrzehnten in der bundesdeutschen Demokratie herausgebildet haben, auf den Kopf. Das ist schlicht und einfach nicht erlaubt. Das sieht neben uns auch die Stadtverwaltung in Köln so, das sieht die Bezirksregierung in Köln so, das sieht das Ministerium für Inneres und Kommunales so, das sieht ein renommierter Wahlrechtsexperte, Prof. Frank Bätge, so, und das sieht – auch wenn man ihn als „Lohnschreiber“ verunglimpfen mag – auch der ehemalige Präsident des Verfassungsgerichtshofes Nordrhein-Westfalens, Michael Bertrams, so.

Und: Ich bin gespannt, wie es der Wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestages sieht. Ich habe der Zeitung vor einigen Wochen entnommen, dass die Grünen-Bundestagsabgeordneten aus Köln ein Gutachten beim Wissenschaftlichen Dienst des Deutschen Bundestages in Auftrag gegeben haben. Leider haben sie es als Geheim einstufen lassen. Ich finde es sehr bedauerlich, dass wir nicht die Möglichkeit haben, der Öffentlichkeit gegenüber Rechenschaft abzulegen, was denn in diesem Gutachten steht – wenn es denn schon fertig ist. Man kriegt keine Informationen, weil – das ist erlaubt – der Auftraggeber das als Geheim hat einstufen lassen.

(Beifall von Jörg Detjen [Die Linke])

Ich appelliere deswegen an die heutige Ratsmehrheit von - unter anderem - CDU, Grünen und FDP: Rennen Sie nicht mit dem Kopf gegen die Wand! Ich hatte Ihnen schon beim letzten Mal gesagt: Sie werden vor Gericht mit dem, was Sie heute bestätigend beschließen werden, scheitern. Sie werden dann lamentieren, dass es das nicht wert war, werden viele Schuldige suchen, aber nicht finden, weil Sie verantwortlich sind für das, was Sie tun. Vor Gericht zu ziehen und staatliche Instanzen gegeneinander zu bringen, dient eben nicht dem Erkenntnisgewinn, sondern dem Sinn, staatlich und rechtlich korrekt zu handeln. Dafür sind wir hier vor Recht und Gesetz als Ratsmitglieder in Köln verpflichtet.

Wir sollten stattdessen das tun, was die Bürgerinnen und Bürger zu Recht von uns erwarten, nämlich uns nicht mit uns selbst beschäftigen, sondern der Sacharbeit widmen. Die Konstituierungsphase – wie sie in allen Räten in Nordrhein-Westfalen seit der Kommunalwahl stattgefunden hat – ist mittlerweile vorbei. Dass man dafür einige Monate braucht, ist normal und überall so.

Nach § 40 Absatz 1 des Kommunalwahlgesetzes ist der Rat, wie er jetzt hier sitzt, rechtlich einwandfrei zusammengesetzt und darf arbeiten, so wie er zusammengesetzt ist, bis ein Gericht das anders beschließt. Genau das erwarten die Bürgerinnen und Bürger zu Recht von uns, und das erwarten wir auch von Ihnen. Die SPD hat angeboten und angekündigt, in der Phase bis zu einer gerichtlichen Klärung auf *eine* Stimme hier in diesem Rat zu verzichten, damit die Entscheidungen, die der Rat der Stadt Köln trifft, auch inhaltlich und aus grundsätzlichen Erwägungen über jeden Zweifel erhaben sind. Dass wir rechtlich über jeden Zweifel erhaben sind, steht sogar im Gesetz, nämlich in § 40 Absatz 1 des Kommunalwahlgesetzes.

Lassen Sie uns also das tun, was die Menschen von uns zu Recht erwarten: uns eben mit den inhaltlichen Themen dieser Stadt beschäftigen. Es geht um preiswerte Wohnungen, um Unterbringung von Flüchtlingen, um moderne Mobilitätskonzepte, um die Grundsatzfrage: „Wie machen wir die Stadt zukunftsfähig?“. Dazu laden wir ein, damit sollten wir uns beschäftigen – und nicht mit uns selbst. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und der Linken.)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Börschel. Wir kommen dann zu Herrn Petelkau von der Fraktion der CDU.

Bernd Petelkau (CDU): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich hätte mich gefreut, wenn wir dieses Verfahren, das wir jetzt haben, auf dem politischen Wege gelöst hätten. Die CDU-Fraktion hat hierzu alle Offerten unterbreitet. Wir haben sowohl im Wahlausschuss als auch später im Wahlprüfungsausschuss das formelle Verfahren eingehalten. Es ist aus Sicht des Bürgers nicht nachvollziehbar, dass der Grundsatz des Wahlerhalts, der einer der elementaren Grundrechte unserer Demokratie ist, hier in dieser Form nicht exakt nachvollzogen ist.

Wir haben jetzt ein langes rechtliches Verfahren vor uns. Ich glaube, dass das unserer Demokratie nicht guttut. Aber der Bürger hat das Recht, am Ende zu wissen, was er an der Wahlurne selber entschieden hat.

(Beifall bei der CDU sowie bei Teilen der FDP)

Wir können die bestehenden Zweifel nur dann ausräumen, wenn wir am Ende des Tages in die Wahlunterlagen hineinschauen. Deswegen wird die CDU-Fraktion den hier eingeschlagenen Weg, den uns die Grünen mit vorgegeben haben, einhalten. Wir werden heute den Beschluss zur Gesamtauszählung mittragen, weil wir glauben, dass dieses Recht das höchste Gut ist, das wir in der Demokratie haben. Die rechtlichen Bedenken, die hier angebracht worden sind, haben uns auch nicht überzeugt. Denn es gibt keinen Präzedenzfall, es sind alles nur Statements.

Von Dortmund haben wir gelernt. Auch dort gab es ein Gutachten, in dem bestritten wurde, dass eine Neuwahl durchgeführt werden sollte. Am Ende des Tages hat das Gericht entschieden, dass neu gewählt werden muss. Deshalb glaube ich, dass wir als Rat das gute Recht haben, diesen Beschluss zu tragen. Deshalb werden wir als CDU-Fraktion den Beschluss, den Sie heute vorgelegt haben, klar ablehnen. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön, Herr Petelkau. Wir kommen jetzt zu Frau Jahn von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Kirsten Jahn (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon vieles gesagt worden; durch Wiederholung wird nicht alles besser.

Wir Grüne können sagen: Wir sind auf der Seite des Oberbürgermeisters. Auch wir stehen auf der Seite des Rechts.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen,
bei der CDU und der FDP)

Heute geht es auch um das Recht des Rates. Welches Recht hat der Rat? Der Rat hat nun einmal das Recht, die Beanstandung, die erwartungsgemäß gekommen ist, zurückzuweisen. Das ist elementares Recht dieses kommunalen Rates.

Es ist unser Recht, Minderheitsmeinungen und Minderheitsrechtsauffassungen zu verteidigen und diese auch zur Prüfung zu führen. Das ist unser Recht. Als Grüne tun wir das, um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in unser Wahlsystem wiederherzustellen. Es geht um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger, das erschüttert worden ist. Das, Herr Börschel, ist auch der Anlass, zu sagen: Wir drehen das Rad weiter. Das Vertrauen in das Wahlsystem ist erschüttert, und das wollen wir wiederherstellen. Wir wollen Klarheit und Wahrheit, wir wollen wissen, ob es rechtens ist, eine erneute Komplettauszählung vorzunehmen, oder ob es eben nicht rechtens ist.

Schauen wir uns die Argumente an, warum der Ratsbeschluss von letzter Sitzung zurückgewiesen wird. Es heißt, das Prinzip des geringsten Eingriffs sei verletzt worden. – Das mag sein. Aber in der aktuellen Gesamtlage, angesichts der tiefen Vertrauenskrise, halten wir es für wichtiger, das Vertrauen wiederherzustellen, als dem – richtigen – Prinzip des geringsten Eingriffs Genüge zu tun.

Wie geht es nun weiter mit der Beanstandung? Es heißt, die Stellung der Wahlvorstände sei durch die Neuauszählung beeinträchtigt. Keiner unserer Fraktion, niemand von den Grünen, möchte die Legitimität und den Wert der Wahlvorstände infrage stellen. Wir sind allen sehr dankbar für die Arbeit, die sie leisten. Wir wollen den Wert der Wahlvorstände wiederherstellen, indem wir ihre Arbeit legitimieren. Vielleicht ist das Ergebnis ja sogar richtig. Aber wir können diese Vertrauenskrise nur überwinden, wenn wir komplett neu auszählen. Wir wollen durch die

Neuauszählung wissen, ob das Ergebnis richtig gewesen ist.

Punkt 3 Ihrer Begründung finde ich persönlich etwas seltsam und die Bürger wahrscheinlich auch sehr irritierend. Sie schreiben, eine vollständige Neuauszählung könnte Fakten schaffen, da sie tatsächliche Anhaltspunkte für Wahlfehler liefern könnte. Ja, es stimmt: Es könnten Wahlfehler gefunden werden. Aber in dieser Vertrauenskrise geht es doch genau darum, dass viele glauben, dass das Ergebnis nicht stimmt. Es geht darum, zu beweisen, dass alles richtig ausgezählt worden ist. Es geht darum, Vertrauen wiederherzustellen. Es geht darum, die Vermutung, dass Wahlfehler vorhanden sind, auszuschließen. Vielleicht finden wir ja sogar heraus, dass die Vermutung, dass in den strittigen Wahlkreisen in Rodenkirchen Verwechslungen vorgefallen sind, falsch ist und die Leute einfach von ihrem Recht Gebrauch gemacht haben, in jeder Wahl ihre Stimme einer anderen Partei zu geben. Das ist ihr gutes Recht, und das können sie so machen.

Einen weiteren Punkt haben Sie zum Glück nicht als Begründung aufgeführt – das fände ich auch etwas schräg –, sondern lediglich als Hinweis: Eine Neuauszählung würde etwa 1,3 Millionen Euro kosten. Ich weiß nicht, ob diese Zahl real ist; ich weiß nicht, ob sie Fiktion ist. Das sei dahingestellt, ich möchte das gar nicht bewerten. Bewerten möchte ich allerdings Folgendes: Das Geld darf hier keine Rolle spielen. Hier geht es um Demokratie. Demokratie kostet Zeit, und sie kostet Geld.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen,
bei der CDU und der FDP)

Beides müssen wir uns nehmen, sowohl die Zeit als auch das Geld. Heute nehmen wir uns die Zeit dafür. Wir können unsere Rechte nicht gegen Geld aufwiegen. Das Argument der Finanzen mag an anderer Stelle ein wirklich hartes sein – wir dürfen die Finanzen auch nicht waggdiskutieren –, aber an dieser Stelle ist es eben kein Argument.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen,
bei der CDU und der FDP)

Es ist bekannt, dass wir heute die Beanstandung zurückweisen. Es ist aber auch bekannt, dass wir das nicht machen um der Selbstbeschäftigung willen, sondern wir wollen einen Erkenntnisgewinn und auch einen Mehrwert. Diesen Erkenntnisgewinn und diesen Mehrwert wird in der aktuellen Lage wahrscheinlich nur ein unabhän-

giges Gericht schaffen können. Dazu sind wir in gewisser Weise bereit. Klar ist auf jeden Fall: Auch vor einer finalen Klärung ist der Rat handlungsfähig. Der Rat ist und bleibt handlungsfähig. Er ist legitimiert. Wir können die Themen, die Martin Börschel richtigerweise angesprochen hat, in den nächsten Monaten problemlos angehen. Dafür sollten wir auch in diesem Rat stehen, und zwar in der Gesamtheit: dass uns die Themen nicht egal sind und dass wir uns von der Debatte nicht lähmen lassen, sondern die Debatte weiterführen. Wir müssen für die Demokratie kämpfen, aber auch für die Themen in dieser Stadt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen,
bei der CDU und der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Frau Jahn. Jetzt rufe ich Herrn Detjen von der Fraktion Die Linke auf.

Jörg Detjen (Die Linke): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die Kölner Kommunalpolitik scheint wegen der bevorstehenden Oberbürgermeisterwahlen wie gelähmt. Hier im Rat, aber auch in den Bezirksvertretungen werden Konflikte ausgetragen, die für uns, aber auch für die Wählerinnen und Wähler kaum nachvollziehbar sind.

Deshalb appelliert die Linke an die demokratischen Kräfte im Rat, in den Bezirken und der Verwaltung: Lassen Sie uns nach der Konstituierung des Rates Sachprobleme anpacken und erst nach der Stadtratssitzung am 23. Juni 2015 mit dem Oberbürgermeisterwahlkampf beginnen.

(Beifall bei der Linken)

Bei der Wohnungspolitik und bei der Flüchtlingspolitik brauchen wir einen breiten Konsens zur Lösung der Probleme hier im Rat.

Max Weber

(Ulrich Breite: Oh!)

hielt 1919 vor dem Freistudentischen Bund in München einen Vortrag zum Thema „Politik als Beruf“, der uns nachdenklich machen sollte, Herr Breite – ich zitiere –:

Denn mit der bloßen, noch so echt empfundenen Leidenschaft ist es freilich nicht getan. Sie macht nicht zum Politiker, wenn sie nicht, als Dienst an einer

„Sache“, auch die Verantwortlichkeit gegenüber ebendieser Sache zum entscheidenden Leitstern des Handelns macht. ... Politik wird mit dem Kopfe gemacht, nicht mit anderen Teilen des Körpers oder der Seele.

Zitat Ende.

(Beifall bei der Linken sowie bei Teilen
der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, es ist eben nicht damit getan, einfach einen Briefumschlag mit den Wahlunterlagen zu öffnen, wie es Herr Breite auf der letzten Ratssitzung weismachen wollte, um dann zu bemerken, man wolle in Zukunft alle 1 024 Umschläge öffnen. Das ist eben kein verantwortungsvoller Umgang.

Kollege Zimmermann von den Freunden, Sie hatten ausgeführt, dass eine Wählerin Ihnen wütend geschrieben habe, dass im Stimmbezirk 40310 die Freunde keine einzige Stimme bekommen haben, obwohl sie Ihre Partei gewählt habe. Genau das wäre aber ein Grund gewesen, einen Stimmbezirk auszuzählen. Das wäre verantwortliches Handeln gewesen. Die Wählerin hätte mit einem Einspruch und einer eidesstattlichen Erklärung das Wahlprotokoll des Wahlvorstandes im Stimmbezirk anzweifeln können. Das wäre keine Vermutung gewesen. Auch wenn das für das Wahlergebnis nicht relevant wäre, hätte der Wahlausschuss beschließen können, eben im pflichtgemäßen Ermessen, dass dieser Stimmbezirk neu ausgezählt wird und zum Beispiel im Wahlausschuss die Frage diskutiert wird: Waren die Wahlvorstände aufgrund von vier Wahlen – Europa, Rat, Bezirk und Integrationsrat; Letzterer wird immer vergessen – eventuell überfordert? Erst dann wäre es möglich gewesen, zu sagen: Jawohl, wir wollen insgesamt auszählen – nur in der Reihenfolge!

Meine Damen und Herren von der CDU, Sie behaupten, die SPD wolle nur ihren Oberbürgermeister Jochen Ott schützen.

(Heiterkeit und Beifall – Zuruf von der
FDP: Er hat sich noch nicht vorgestellt!)

- Den Kandidaten!

Sie behaupten, die SPD wolle nur ihren Oberbürgermeisterkandidaten Jochen Ott schützen. Was soll man zu diesem Argument überhaupt sagen, meine Damen und Herren von der CDU? Das Problem ist doch ein ganz anderes: Über die drei Kandidaten, die die SPD hat, kann man wenigstens lästern, herziehen, ätzende Bemerkun-

gen machen. Bei Ihnen von der CDU kann man gar nichts machen. Sie haben ja keine Kandidatin oder Kandidaten.

(Heiterkeit und Beifall bei der Linken, der SPD und Teilen von Bündnis 90/Die Grünen)

Deswegen ist der Verleger Neven DuMont hingegangen und sucht für Sie einen Kandidaten.

(Beifall bei der Linken und Teilen der SPD)

Ich zitiere aus dem *Express* – Herr Baumanns ist ja auch da – vom 3. Oktober.

(Niklas Kienitz [CDU]: Ich dachte, der 23. Juni ist entscheidend!)

- Ja, deswegen spreche ich ja diese Probleme an, Herr Kienitz.

Ich zitiere den Verleger Neven DuMont laut *Express* – ich lese es ganz langsam vor; denn es ist ein Genuss, sich dieses Zitat anzuhören –:

Ich habe mir viele Gedanken gemacht und Gespräche geführt. Der große Oberbürgermeister dieser Stadt hieß Konrad Adenauer.

(Beifall bei der CDU)

- Sie können jetzt gerne öfter klatschen.

Er hat zwei Enkel.

(Birgit Gordes [CDU]: Der hat noch viel mehr Enkel!)

Der eine heißt Paul Bauwens-Adenauer, der andere Patrick Adenauer. Ich bin der Meinung, dass einer dieser beiden Männer dran ist. Sie sind in der Verantwortung ... Einer von den beiden sollte sich als Kandidat zur Verfügung stellen. Sie würden von ihrer Partei, der CDU, auf den Händen getragen werden.

Zitat Ende.

(Beifall bei der Linken)

Ich bin gespannt, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, ob Sie diese feudalistische Politik tatsächlich mittragen werden. Und schauen Sie sich das Zitat bitte noch einmal genau an. Da steht: Die zwei Adenauer-Enkel sind in der Verantwortung – und nicht: die CDU. Darüber sollten Sie mal nachdenken.

(Ralph Sterck [FDP]: Zum Thema! – Weitere Zurufe von der CDU)

- Warum regen Sie sich überhaupt so auf? Verstehe ich gar nicht! Haben Sie den falschen Oberbürgermeisterkandidaten, oder was?

Mit dem Kapitel bin ich ja gleich fertig. Noch ein Schlussargument: Patrick Adenauer ist ja im Aufsichtsrat des Verlagshauses Neven DuMont. Vielleicht überlegen Sie sich, ob dieser Vorschlag nicht gewisse Hintergründe hat. Es wäre Ihnen anzuraten, meine Kolleginnen und Kollegen von der CDU, einem Anti-Privatisierungs-Bündnis beizutreten. Ich glaube, das wäre zielführender in der gesamten Diskussion in dieser Frage.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Sie müssen zum Ende kommen.

Jörg Detjen (Die Linke): Ich bin ja nun öfter unterbrochen worden.

(Heiterkeit und Beifall)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Detjen, Herr Frank möchte eine Zwischenfrage stellen.

Jörg Detjen (Die Linke): Wenn mir das von der Redezeit nicht abgezogen wird.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. Ich habe eine Frage an den Fraktionsvorsitzenden der Linken im Kölner Rat, da er sich ja auf Max Weber und dessen Thesen beruft: Laut Max Weber ist die charismatische Herrschaft, wie sie der große Demagoge und politische Parteiführer ausübt, einer der Legitimitätsgründe. Ist das jetzt Programm der Linken?

(Heiterkeit und Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Jörg Detjen (Die Linke): Max Weber ist ein sehr interessanter Soziologe, den ich sehr gern gelesen habe und immer noch lese.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Ich habe verschiedene Themen angesprochen, die mir wichtig waren. Zu den Grünen

habe ich leider nichts weiter gesagt. Laut *Express* ist Jamaika im Gespräch. Ich halte das für weit hergeholt, aber das sei mal dahingestellt. Lassen Sie uns doch einfach zusehen, dass wir die Probleme anpacken, dass wir die Flüchtlingsfrage lösen, die Wohnungsfrage angehen. Nach dem 23. Juni können wir dann mit dem Wahlkampf zu den Oberbürgermeisterwahlen beginnen. Das ist bestimmt spannend.

Um auch mit Max Weber zu schließen: Max Weber hat gesagt, Politik bedeute das langsame Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß zugleich. - Danke schön.

(Beifall bei der Linken sowie bei Teilen der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen dann zu Herrn Breite.

(Martin Börschel [SPD]: Hast du auch Max Weber dabei? Max Weber kannst du nicht widersprechen!)

Ulrich Breite (FDP): Dass ich das noch erleben darf: ein Fraktionsvorsitzender der Linken, der hier mit Max Weber anfängt! Das ist schon interessant. Hoffentlich haben Sie auch was gelernt, Herr Detjen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mein verehrter Herr Oberbürgermeister und – das habe ich von der letzten Ratssitzung gelernt – mein sehr geehrter Wahlkreisleiter!

(Martin Börschel [SPD]: Wahlleiter!)

- Entschuldigung, Wahlleiter! Wir wollen da genau sein. Man soll sich gerade in dieser Debatte nicht vertun. Das sollen lieber andere machen.

Ich war überrascht. Donnerwetter, wir haben alle Unterlagen zügig bekommen, und Sie haben sehr schnell zu einer Sondersitzung eingeladen. Wir wären bei manchen Verwaltungsvorlagen froh, wenn das auch so schnell gehen würde.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Es wurde ja schon angesprochen, dass wir uns den Themen dieser Stadt im Rat zuwenden wollen. Wir wollen vieles diskutieren. Nur warten wir häufig zu lange auf die Sachen. Hier gab es wohl großes Interesse, dass wir uns schnell treffen.

Ich möchte zum Thema zurückkommen. Denn, Herr Detjen, hier geht es nicht um die Oberbür-

germeisterwahl. Wenn Sie schon Adenauer angesprochen haben – Sie wollten ja wohl einen Konflikt aufturn –: Uns ist Adenauer lieber als Walter Ulbricht.

(Beifall bei der FDP und der CDU sowie bei Teilen von Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn man schon haut, dann kann man auch richtig draufhauen! Es ging bei Ihnen mehr um die Oberbürgermeisterwahl. Ich möchte Sie daran erinnern: Vor 25 Jahren gab es nicht nur den Fall der Mauer, sondern damals gab es im Mai noch eine Kommunalwahl in der DDR, deren Ergebnis man auch nicht haben wollte. Wer sich auskennt, sollte das dazusagen.

(Jörg Detjen [Linke]: Warum sind Sie so angestochen?)

- Sie hatten das doch gebracht, Herr Detjen. Ich wollte zum Thema Kommunalwahl zurückkommen und dazu, dass die Stimmen neu auszuzählen sind. Sie hatten angesprochen, dass es um einen bestimmten Bezirk geht, nämlich den Briefwahlbezirk 20827.

(Der Redner hält ein Schild mit der Aufschrift „20827“ hoch!)

Ach, Entschuldigung, das ist ja falsch, das war die Zahl von Prof. Bätge, der sich vertan hat. Das ist die richtige Zahl.

(Der Redner hält die Rückseite des Schildes mit der Aufschrift „20874“ hoch
- Heiterkeit und Beifall bei der FDP und der CDU)

Meine Damen und Herren, ich bleibe dabei: Dieses Ergebnis stimmt nicht. Wir möchten gerne reinschauen. Wenn es die Möglichkeit gibt – wir haben hier eine Mehrheit, und darum werden wir die Beanstandung zurückweisen -, wollen wir nachzählen und das richtige Ergebnis ermitteln. Wir von der FDP sind für die Wahrheit. Die steckt hier drin, und das wollen wir uns gerne anschauen. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön, Herr Breite. Wir kommen zu Herrn Beckamp von der AfD.

Roger Beckamp (AfD): Sehr verehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Auch ich versuche, zur Sache zurückzu-

kommen. Herr Breite ist das nicht ganz gelungen. Aber es war dennoch unterhaltsam, vielen Dank dafür. Ich werde versuchen, an manches anzuknüpfen.

Sie ahnen es: Auch wir behaupten, auf der Seite des Rechts zu stehen - wie so viele, wie alle hier.

(Zuruf von der SPD: Rechts stehen Sie!)

- Ja genau, ich komme gleich darauf, was das bedeuten könnte.

Das Problem ist ja, dass der bisherige Umgang mit diesen fragwürdigen Wahlergebnissen enttäuschend ist, in Stil und Inhalt enttäuschend. Das hat sich auch schon in der Presse niedergeschlagen, völlig zu Recht. Da wurde aufgezeigt, was alles lebensfremd ist. Das Lebensfremde haben die Grünen und die SPD sich sehr zu Eigen gemacht, komischerweise auch die CDU und die FDP, indem sie für die komplette Neuzählung stimmen. Insofern sind es ganz interessante Muster, die sich hier zeigen.

Was sich angesichts der Wahlergebnisse zeigt, ist die Angst der Altparteien voreinander, die Angst von SPD und Grünen vor der CDU, der FDP und anderen. Wir könnten ja mal die Linken fragen - Herr Breite hat es schon angesprochen -, wie sie früher mit Wahlen umgegangen sind. Die Genossen hatten bis 1989 eine ganz besondere Zählweise. Da könnte man mal nachfragen, wie das genau geht. Ähnlich absurd verhalten Sie sich jetzt.

Wir können aber auch mal konkret nachfragen; das wäre eine schöne Idee. Viele nannten Herrn Bätge; das ist ein ganz entscheidender Mann, der einmal versucht hat, aufzuzeigen, was das entscheidende Kriterium ist, um nachzählen zu dürfen. Herr Bätge sagt, es müssen hinreichend substantiierte Anhaltspunkte für Verfahrensfehler vorliegen. Das ist der Kern des Ganzen, so wie ich es verstehe. Ein bisschen verstehe ich davon auch; ich habe mal so etwas im Studium gehört.

Herr Prof. Bätge ist dabei der Ansicht - das ist der weitergehende Punkt -, dass statistische Abweichungen nach den bisherigen Entscheidungen der Rechtsprechung nicht als ausreichend anerkannt werden. Das behauptet er so, er belegt es aber nicht. Er führt auch die Rechtsprechung an - wo das aber so nicht drinsteht.

Völlig zu Recht erkannt haben das - Sie wundern sich - die Grünen. Sie haben es erkannt, Frau Jahn, wunderbar. In Ihrer Stellungnahme schreiben Sie: „Die Statistik ist entscheidend.“ Ich zitie-

re wörtlich aus Ihrer Stellungnahme vom 31. August 2014:

Die CDU möchte das Ergebnis der Wahl anfechten, weil es in einem Stimmbezirk statistisch auffällige Abweichungen gab. Untersucht man die Abweichung im Detail, so lässt sich feststellen, dass die Abweichungen tatsächlich groß sind, sodass ein tatsächlicher Fehler nicht unplausibel erscheint.

Ja, genau, so einfach ist es ja. Wenn wir das alle einsehen, auch die SPD vielleicht, dann wäre man einen großen Schritt weiter.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Schön weiter lesen!)

Weiter sagen die Grünen völlig zu Recht - Herr Frank, vielleicht hören Sie zu -:

Es fehlen bislang klare Kriterien, ab welchem Ausmaß Abweichungen eines Wahlergebnisses als ungewöhnlich oder auffällig einzustufen sind.

Jetzt sind wir drin in der Materie. Unterhaltung ist wunderbar; auch ich bin ein großer Freund davon. Aber wenn wir uns konkret über die Sache unterhalten, sind das genau die Punkte, die wir ermitteln müssen. Was heißt denn das: Abweichungen, die „ungewöhnlich oder auffällig“ sind und deshalb für einen Verfahrensfehler sprechen?

Das ist der entscheidende Punkt: Wie krass darf die Abweichung sein? Wenn wir uns bei einer gleichzeitigen Wahl für Bezirk und Rat ein Wahlergebnis vorstellen, wo für eine Partei eine Abweichung von 80 oder 90 Prozent herauskommt, sind wir uns alle einig: Da muss was schief gelaufen worden sein; irgendeine Zahl ist falsch übermittelt worden. Denken wir es weiter: Was ist mit 50 Prozent? Was ist der untere Schwellenwert? Wann ist es gerade genug, um zu sagen: Das ist auffällig, das ist ein tatsächlicher Anhaltspunkt, um nachzuzählen? 10 Prozent? 20 Prozent? Das ist genau die Frage.

Wir haben hier 17 Prozent. Ich bin der klaren Ansicht: Das ist auffällig genug, man müsste - so einfach ist es - nachzählen. Das wird hoffentlich ein Richter entscheiden.

Die Grenze wird ein Richter ziehen. Herr Borschel, Sie haben ständig den Rechtsstaat bemüht: Gott sei Dank ist ein Dritter da, der darüber zu entscheiden hat, was genau das bedeutet.

Noch einmal zu Herrn Bätge zurück: Er geht auf diese Punkte nicht ein. Schauen Sie sich das Gutachten vom 15. August an, Seiten 5 und 6. Genau darum geht es: Wann sind statistische Abweichungen relevant? Dieser Punkt ist hier überhaupt nicht angesprochen; das wäre aber interessant.

Ich bin gleich fertig, Herr Oberbürgermeister; es dauert nur noch eine Sekunde.

Der Witz ist: Herr Prof. Bätge beantwortet diese Frage nicht. Er wirft sie auf, aber sagt einfach, das sei nicht so. Die Grünen und die SPD stellen sich dieser Frage nicht einmal. An dieser Stelle wird es brenzlig für Sie. Wenn Sie diesen Gedanken konsequent zu Ende denken, dass 10 Prozent, vielleicht 15 Prozent ausreichen für die Bewertung, dass ein Ergebnis auffällig ist, dann laufen Sie Gefahr, dass in diesen Stimmbezirken, wo das konkret der Fall ist, nachgezählt wird. Dann verlieren Sie ein Ratsmandat und nachher auch Ihre Mehrheit im Rat. Genau das ist der Punkt. Das ist der eigentliche Grund für das seit Monaten dauernde Theater. Es geht nicht um die Verantwortung vor den Bürgern oder um irgendwelche rechtsstaatliche Erwägungen. Das ist schlichtweg Unfug.

Ich habe noch ein schönes Zitat von Herrn Bätge, das lasse ich jetzt aus, weil ich etwas gedrängt werde.

Es lässt sich auf den Punkt bringen: Ich habe die Grünen aufs Korn genommen, weil Sie Ihre Stellungnahme sehr ausführlich gemacht haben. Sie schreiben, dass nur eine Neuauszählung rechtlich zulässig ist - oder man belässt es bei dem Ergebnis. Das ist, gelinde gesagt, überraschend. Entweder sind Sie ahnungslos - was ich durchaus für möglich halte -, oder Sie machen hier ein peinliches Spielchen, mit dem Sie nur so tun, als müsste es eine komplette Neuauszählung geben, weil Sie genau wissen, dass es nicht dazu kommen wird.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Sie wollen nämlich keine Neuauszählung, auch nicht von Stimmbezirken. Genau das ist der Punkt.

Wir müssen zurück zur Frage, was der Kern der Sache ist. Es ist die Statistik, und es ist das klägliche Niveau der Auseinandersetzung.

Als letztes Wort: Sie tun uns, der AfD, einen riesigen Gefallen. Mit Ihrem Rumgeeier, mit Ihrer inhaltsleeren Polemik - Frau Fahimi lässt grüßen in der FAZ - betreiben Sie unser Geschäft und

nicht Ihr Geschäft. Sie treiben uns die Wähler zu, die frustriert sind von diesem Politikgeschäft. Sie kommen zu uns, so wird es sein.

Ein wirklich letzter Satz: Der Beschluss des Rates ist rechtswidrig. Die AfD empfiehlt dringend, die einzelnen Stimmbezirke nachzuzählen bzw. entsprechende rechtliche Schritte einzuleiten. Es wäre auch ganz einfach. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Beckamp. Wir kommen dann zu Herrn Hegenbarth von der Gruppe der Piraten.

Thomas Hegenbarth (Piraten): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dass sich meine Ratskollegen aus dem Ruhrgebiet oder auch aus Düsseldorf über unser Kölner Theater lustig machen, das kann ich noch verschmerzen. Auch dass die bundesdeutsche Presse - bis hin zur *Süddeutschen* - von einer politischen Affäre spricht, die es so nur in Köln geben kann, tut zwar weh, kann ich aber auch noch verkraften.

Viel Ärgerlicher ist aber - so meine persönliche Erkenntnis als neues Ratsmitglied -, dass Parteiläson und Machterhalt nach wie vor eines der Hauptmerkmale der kommunalen Parteilarbeit auch in unserer Stadt zu sein scheinen, in der eben keine Seite mal über den eigenen Schatten springen kann und stur an der einmal aufgestellten Linie festhält.

Schon deutlich schwerer fällt mir Folgendes: Eigentlich stehen wir vor riesigen Reformaufgaben und haben Wichtigeres zu tun, als mit einer solchen Sondersitzung ein weiteres Signal der Lähmung und des Streites an die Stadtgesellschaft zu geben. Schon bei der letzten Sitzung habe ich angesprochen: Vor dem Hintergrund des Reformstaus hat unser Theater nach wie vor einer tollen Möglichkeit Platz geschaffen - und ich rede eben nicht von Jamaika. Jamaika ist nun wirklich Old School und nur eine der überschaubaren Farben von Politik 1.0. Ich meine die Idee der wechselnden Mehrheiten auch über einen langen Zeitraum hinweg. Dann bräuchten wir uns nämlich nicht mit den ewiggleichen Problemen von Politik 1.0 beschäftigen, die zur negativen Ansicht aller gerade vorliegt.

Daher meine nachdrückliche Bitte: Lassen Sie uns aus diesem Murks der Neuauszählung, diesem Negativbeispiel doch noch etwas Positives

und Konstruktives für die brennenden Themen Wohnungsnot, Schul- und Flüchtlingspolitik und nachhaltige Verkehrskonzepte für Köln gewinnen. Echte Reformen funktionieren eben nur über Parteigrenzen und klassische Koalitionsgrenzen hinweg.

Wir werden für die Aufhebung des Ratsbeschlusses der kompletten Neuauszählung stimmen, so wie wir bereits in der letzten Sitzung gegen ebendiese mehrheitliche Entscheidung des Rates waren. Beenden wir heute einen weiteren Grund für Parteiverdrossenheit, lassen wir nicht zu, dass mehrere Hunderttausend Euro sinnlos verbrannt werden. Beenden wir dieses Sommertheater und den rechtswidrigen Ratsbeschluss, von dem unsere Regierungspräsidentin, Frau Walsken, spricht, wenn - ohne über die Gültigkeit der Wahl zu entscheiden und ohne triftige Gründe - eine gesamte Wahl nachgezählt wird, obwohl weder das Kommunalwahlrecht noch die Gemeindeordnung oder das Grundgesetz dies vorsehen.

Natürlich können Sie, Herr Petelkau, vor das Verwaltungsgericht ziehen. Im Internet gibt es einen geflügelten Spruch: Kann man machen, ist dann aber - Entschuldigung, Herr Oberbürgermeister, und Entschuldigung, Herr Petelkau - Bullshit. Denn die juristischen Erfolgsaussichten sind ungefähr so hoch, als wenn Sie vor Gericht ziehen, um zu versuchen, Diebstahl oder Körperverletzung als Straftatbestand zu hinterfragen. - Danke.

(Beifall bei der Linken sowie bei Teilen der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank. Und dann zu Herrn Zimmermann, Deine Freunde.

Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Nur ganz kurz: Wir werden bei unserem Stimmverhalten vom letzten Mal bleiben und den Einspruch zurückweisen.

Lieber Jörg, du hattest mich eben aus Versehen gerade gesiezt, das hat mich ein bisschen geschockt. Ich hoffe, wir haben uns nicht entzweit über diese Auszählungsdebatte.

(Jörg Detjen [Die Linke]: Nein!)

Ich habe ja schon letztes Mal erläutert: Wir haben ganz bewusst auf einen Einspruch verzich-

tet, weil wir das, was dort in Bickendorf vorgefallen ist, für nicht relevant gehalten haben. Dass wir die Möglichkeit dafür gehabt hätten, ist uns schon klar. Aber es gab ja noch eine ganze Menge anderer Einsprüche und Anträge im Wahlausschuss. Damit fängt das an. Ich hoffe, dass dies bei der ganzen Debatte und dann auch in der juristischen Auseinandersetzung noch mal hochkommt:

Ein Kuriosum ist, dass der Wahlausschuss mit seiner neuen Mehrheit entscheidet über die Einsprüche, die gegen diese neue Mehrheit eingereicht werden.

(Beifall bei Teilen von CDU und FDP)

Selbst wenn sie substantiiert sind oder zumindest mit einem gewissen Gehalt vorgebracht werden, können sie keine Mehrheit finden, weil die neue Mehrheit in diesem Ausschuss mit den Stimmverhältnissen eigentlich ganz zufrieden ist. Auch das ist etwas eigenartig. Ich hoffe, dass man auch darüber in Düsseldorf - oder wo immer das entschieden werden soll - neu nachdenkt.

So war es auch im Kölner Fall. Es gab eine ganze Menge an Anträgen und Einsprüchen, zu Rodenkirchen und zu anderen Stimmbezirken. Die fanden eben alle keine Mehrheit in diesem Ausschuss, auch aufgrund der Tatsache, dass die Grünen dem nicht zur Mehrheit verholpen haben. Die Grünen schlagen einen anderen Weg vor, den wir heute auch unterstützen werden.

Vielen, die die Zurückweisung unterstützen, ist klar, dass das juristisch ein heikles Ding ist. Aber warum soll man das nicht prüfen lassen? Wir werden das prüfen lassen. Es ist der einzige Weg, der eine Mehrheit in diesem Rat findet, um diese Zweifel ausräumen zu können. Ich hätte mir auch gewünscht, dass es andere Wege gegeben hätte. Aber auch weil die Linke und die SPD keinerlei Anstände gemacht haben und sich keine Mühe gegeben haben, diese Zweifel ausräumen, müssen wir eben diesen Weg gehen. Er ist der einzige, der eine breite Mehrheit hier in diesem Rat finden wird. Ich finde das vollkommen legitim, wir werden das weiterhin so unterstützen.

Noch ein Letztes - du hast es angesprochen, Jörg, aber in der Debatte ist es total untergegangen - zu den Wahlvorständen und den freiwilligen Wahlhelfern. Ich habe das auch ein paar Mal gemacht. Es ist tatsächlich schon eine ehrenvolle Aufgabe, mir macht das mit den Stapeln auch Spaß. Das mit den Computern war ganz toll: Da saßen wir tatsächlich die ganze Zeit rum und ha-

ben überlegt, wie man am besten manipulieren kann. Eine tolle Maschine, die ein Ergebnis auswirft, das man später nie mehr überprüfen kann! Gott sei Dank sind diese Computer dann auch wieder abgeschafft worden.

Aber es gibt auch schon einen gewissen Druck auf diese ganzen Wahlhelfer und Wahlvorstände. Denn es geht ja nicht nur darum, dass vier Wahlen auszuzählen waren, sondern es ist auch ein gewisser Zeitdruck da: Alle wollen die Ergebnisse so schnell wie möglich haben. Bei all der Ehre und bei allem Verantwortungsbewusstsein, das es gibt: Es ist durchaus möglich, dass da Fehler gemacht werden. Das wollen wir überprüfen, und das werden wir hoffentlich vor Gericht auch erreichen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, der FDP und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Meine Damen und Herren, ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann können wir zur Beschlussfassung kommen. Der Beschluss, den ich vorgelegt habe, lautet:

Der Rat der Stadt Köln hebt seinen unter TOP 10.19.10 in der Sitzung vom 30.09.2014 gefassten Beschluss zur vollständigen Neuauszählung der Kommunalwahl (Ratswahl) vom 25.05.2014, der mit Schreiben vom 06.10.2014 durch den Oberbürgermeister wegen Verstoßes gegen § 40 Abs. 1 Kommunalwahlgesetz i. V. m. dem Demokratie- und Rechtsstaatsprinzip beanstandet wurde, auf.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über diesen Beschlussvorschlag. Wer für diesen Beschlussvorschlag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der SPD, das sind die Piraten, das ist die Fraktion AfD, und das ist die Fraktion Die Linke. Wer Enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist der Beschlussvorschlag zurückgewiesen worden.

Damit ist die Sitzung beendet.

(Schluss der Sitzung: 19.00 Uhr)